Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden. ...en & Comp., Nr. 1208

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 7,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 21,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 10,00 M. Einzelnummer 40 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Zeitnerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Zeitnerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2,50 M., Familienanzeigen 2,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 9,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 268 | Dresden, Freitag den 18. November 1921 | 32. Jahrg.

Die verurteilten Mucker

Berlin, 18. November. Der Reigen-Prozeß, der wochenlang die Berliner Gerichte beschäftigte, ist heute vormittag zu Ende gegangen. Sämtliche Angeklagten, die der unzüchtigen Handlung bei der Darstellung angeklagt waren, wurden freigesprochen. Die Kosten gehen zu Lasten der Staatskasse.

Heute ging vor dem Berliner Schöffengericht ein Prozeß zu Ende, der sich seit zwei Wochen durch die Berliner Presse ...zieht. In seiner Mitte steht der sattsam bekannte Professor ...Sittlichkeitsbonze Brunner mit seinen deutschvölkischen ...innen — nicht als Angeklagter, sondern als Ankläger wider ...Theaterstück Reigen von Artur Schnitzler. Dieser Prozeß ...sich zu einem regelrechten Kriminalspektakel ausgewachsen ...beleuchtet die krampfhaften Anstrengungen, die die ...schaft macht, um ihre Front auch auf dem Gebiete des ...lichen Geisteslebens zu erweitern.

Schon die Vorgeschichte ist ein Skandal, organisiert nach ...Anweisungen der reaktionären Ehrhardtorganisation O. C., ...teilung Krawalle zur Verhinderung „antinationaler oder ...tiger schmutziger Theaterstücke". Reigen wurde dramatisiert ...einer gleichnamigen Novelle, die um das Thema Liebe ...Ehe kreist. Der Schluß jedes Aktes ist der Auftakt eines ...teren intimeren Aktes, und über dem Ganzen liegt etwas ...der Schnitzlerschen Wehmut, mit der er unser verzerrtes, ver...tes erotisches Leben in all seinen Dramen überschleiert. ...er schließlich ist Artur Schnitzler nicht nur ein Künstler, ...dern nebenbei auch ein Jude. Also wurden Aufführungen ...Reigen in Berlin und andern Städten vom Stink...pöbel, um mit dem Sachverständigen Alfred Kerr zu ...n, zu deutschvölkischen Kundgebungen degradiert. Grund ...für den Staatsanwalt, ein Zensurverbot zu erlassen, ...mit eine Anfechtungsklage bin wieder fallen mußte. Die ...te Methode, nach der Behörden wider ihren Willen ein ...zum Kaiseureißer zu machen pflegen.

Jedoch Herr Professor Brunner, der als literarischer Sachver...ndiger für Jugendwohlfahrt im preußischen Volkswohlfahrts...nisterium und als Hilfsreferent für Schundliteratur und ...agogische Fürsorge auch im Berliner Polizeipräsidium sitzt, ...te eine regelrechte Anklage zu schieben. Er hat dem Ver...er Gurlitt dazu verholfen, daß er wegen Ausgabe einer ...mappe „Der Venuswagen" (enthaltend Zeichnungen erster ...der Künstler, wie Lovis Korinth) zu 1000 M. Geldstrafe ...rteilt wurde. Er organisierte das für den Reigenprozeß ...notwendige sittliche Aergernis. Mitglieder des deutsch...ischen Schutz- und Trutzbundes, Betschwestern, Veteranen ...Sittlichkeitsvereine und was sonst an Leuten mit echt ...ckerischer Gesinnung zu erlangen war, wurde in den „Reigen" ...schickt, und marschierte nun mit der vorschriftsmäßigen sitt...chen Entrüstung am Zeugentisch auf.

Auch wir sind der Meinung, daß sexuelle Fragen auf ...Bühne nicht in jeder Form zu behandeln sind. Wir ...nen uns Fälle denken, in denen im öffentlichen Interesse ...en gewisse Behandlung des Themas Liebe eingeschritten ...rden kann. Aber in solchen Fällen muß es vollständig ge...gen, wenn sich die Behörden an einen Kreis von Sachverständigen wenden. Was jedoch in Berlin unter ...tung des Staatsanwalts und des Professors Brunner vor ...ging, ist ein sozusagen sittliches Aergernis, für das wir ...itgenossen leider niemand gerichtlich belangen können. Den ...imsten Empfindungen der Theaterbesucher wurde nach...schnüffelt, sogar die Zwischenaktsmusik sollte einen „unsitt...chen Rhythmus" gehabt haben. Und das Ganze löst sich für ...nicht muckerisch veranlagten Betrachter in allgemeine ...terkeit auf, wenn er die Betschwestern als Kunstrichterinnen ...treten sieht.

Wolfgang Heine sagte als Verteidiger der angeklagten ...rektion und des mitangeklagten Regisseurs ganz richtig, daß ...sich hier um einen Vorstoß gegen die Freiheit des deutschen ...isteslebens handle. Und insofern ist der Prozeß auch ein ...sittliches Symptom, das uns zu denken geben muß. Professor ...unner, welch Zelote hier wiederum als Sachverständiger ...marschierte, der von keinem Sachverständigen ernstgenommen ...rd, macht sich im dritten Jahre nach der Revolution als ...atlich beamteter Kunstbanause im Wohlfahrtsministerium ...eit. Wäre es nicht an der Zeit, daß man den Platz endlich ...n diesem krankhaften Mucker befreite?! Und haben die ...utschen Gerichte nichts Notwendigeres zu tun, als die Ge...richtsbarkeit auch noch auf dem Gebiete des Kunstlebens zum ...ttel reaktionärer Gesinnung zu machen? Erhöht es das ...unkene Ansehen unserer Justiz, wenn Staatsanwälte ihre ...it mit Brunnerschen Orgien verplempern, während die ...pps, Ehrhardts und andere Verbrecher noch immer unab...rteilt umherlaufen? Der Staatsanwalt brachte es sogar ...tig, für die zwei Hauptangeklagten vier Monate Gefängnis ...fordern, wiewohl gegen Brunner vier andre Gutachter ...nden, die sich scharf gegen die Anklage wandten und dar...ten, daß es sich im „Reigen" um eine durchaus unanfechtbare, künstlerische Behandlung erotischer Dinge handle.

Das Gericht hatte sich aus dieser Kriminalkomödie ...ßlicherweise genug gesunden Menschenverstand gerettet, um ...t einem Freispruch von der unsauberen Sittlichkeitsschnüffelei ...ieder abzurücken. Die Verurteilten sind Brunner und ...nsorten.

Ein Gutachten der Reparationskommission

Eigene Drahtmeldung

rs. Berlin, 18. November. Die Reparationskommission ist heute beschäftigt, zusammen mit der Garantiekommission ein Gutachten über die wirtschaftliche Lage Deutschlands auszuarbeiten, das sich, wie bei der Zusammensetzung der Kommission und ihrem französischen Einschlag nicht anders zu erwarten war, in der Richtung bewegen wird, daß Deutschlands Leistungsfähigkeit die weitere Erfüllung der Londoner Verpflichtungen durchaus ermöglicht. Auf Grund des Gutachtens wird dann die französische Regierung der deutschen eine Note übermitteln, in der besonders zum Ausdruck gebracht werden soll, daß der Verlust Oberschlesiens Deutschland kein Recht auf verminderte Leistungen gebe. Bisher sind von der Kommission keinerlei Pfandobjekte beansprucht worden. Es handelt sich zunächst nur um die Zahlungen, die am 15. Januar 1922 mit 500 Millionen Goldmark zu leisten sind und die weiteren am 15. Februar fälligen Zahlungen der 26prozentigen Ausfuhrabgabe. Die Kommission wünscht diese Zahlung gesichert zu sehen, eventuell durch eine Bürgschaft der Industrie und der Banken. Die eingeleiteten Verhandlungen bewegen sich in der hiermit vorgezeichneten Richtung.

Baldige Rückkehr

Paris, 18. November. Der Temps schreibt über die Reise der Reparationskommission: Die Reparationskommission hat die Untersuchung, die sie in Berlin über die Maßnahmen, die die deutsche Regierung zu treffen gedenkt, um ihren Verpflichtungen, insbesondere am Verfalltag vom 15. Januar 1922 (500 Millionen Goldmark) nachzukommen, beendet und wird in Paris gegen Ende der Woche zurückerwartet. Das Garantiekomitee hatte verlangt, daß Garantiezahlungen, d. h. Vorschüsse, auf die dreimonatigen Zahlungen getätigt werden müßten. Die erste dieser Garantiezahlungen sollte am 15. November stattfinden. Diese Zahlung, die ungefähr 45 Millionen Goldmark beträgt, ist getätigt worden. Die nächste ist auf den 1. Dezember festgesetzt. Sie entspricht dem monatlichen Ertrag einer Steuer von 26 Prozent auf den Wert der deutschen Ausfuhr, ungefähr 85 Millionen Goldmark.

Wiedergutmachungssorgen

Paris, 17. November. Loucheur wurde gestern von den vereinigten Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten und Finanzen im französischen Senat angehört. Die Sitzung wurde von Poincaré präsidiert. Nach Schluß der Sitzung wurde folgender Bericht herausgegeben: Der Minister für die befreiten Gebiete, Loucheur, gab Aufklärungen über das Abkommen von Wiesbaden. In Beantwortung von Fragen seitens verschiedener Mitglieder der beiden Kommissionen führte der Minister aus, daß er glaube, dieses Abkommen könne mit den Zahlungsbedingungen vom 5. Mai in Einklang gebracht werden.

Ueber die Sitzung erfährt man ferner, daß an der Debatte u. a. Poincaré, Ribot, Henri Chéron und Doussiet teilnahmen. Aus den Ausführungen Loucheurs wird bekannt, daß er die Frage aufwarf, ob Frankreich die Zahlungen in natura annehmen wolle und ob die Lieferungen Deutschlands in dessen eigenem Interesse auch den Interessen der französischen Industriellen entsprechen. Loucheur beantwortete beide Fragen in bejahendem Sinne, glaubt aber, daß die Unterzeichnung des Abkommens nutzlos wäre, wenn es nicht die Zustimmung aller Alliierten fände. Die Haltung der englischen Presse konnte den Glauben erwecken, daß von englischer Seite Einwendungen erhoben würden. Heute hat Frankreich die Gewißheit, daß dies nicht geschehen werde. Die englische Regierung sei entschlossen, demnächst in dieser Hinsicht Erklärungen abzugeben.

Es ist weiter notwendig, daß die französischen Parlamente die Forderungen des Abkommens bezüglich der Transportpreise und der Zollsätze für die deutschen Lieferungen annehmen; denn die heutigen Zollsätze und Transportpreise würden Lieferungen z. B. nach St. Quentin völlig unmöglich machen. Das Abkommen kann ferner nur zur Geltung kommen, wenn in Deutschland eine Regierung am Ruder bleibe, die Deutschland vor der Anarchie und vor dem Bankrott retten könne. Es habe den Anschein, als ob die deutschen Kapitalisten und Industriellen den Zusammenbruch Deutschlands beschleunigen wollten. Doch glaube er, Anlaß zu der Annahme zu haben, daß der Kurssturz der Mark bereits alle Voraussichten der Industriellen übertroffen habe und daß sich bereits eine Reaktion gegen diesen Standpunkt der Industriellen geltend zu machen beginne.

In der heutigen Kammersitzung beantwortete Finanzminister Doumer die verschiedenen Interpellationen über die Finanzfrage Frankreichs. Im Laufe seiner Rede sprach er auch von der Finanzlage Deutschlands. Er wies darauf hin, welche Schwierigkeiten zu überwinden seien, um den Bedürfnissen des Wiederaufbaues Rechnung zu tragen. Der Abgeordnete de Lasteyrie habe sehr interessante Aufschlüsse gegeben, die mit denen der Regierung gleichlauten und bewiesen, daß, wenn Deutschland — er sage nicht nur die augenblickliche Regierung Deutschlands — wolle, dann könne es bezahlen. Deutschland besitze Aktiven, die es schwer in Goldmark und in Auslandsdevisen umwandeln könne. Aber es seien deutsche Vermögen vorhanden, deren größter Teil außerhalb des Landes sei und deren Besitzer keinen großen Eifer zeigten, der deutschen Regierung zu helfen, ihre Verpflichtungen zu halten. Sie müßten sich aber von den Folgen Rechenschaft ablegen, die ein Bankrott Deutschlands nach sich ziehen würde. Wenn dieser Bankrott sich ereigne, werde er Ereignisse nach sich ziehen, die die deutsche Reichseinheit kaum überleben könne. (Lebhafter Beifall.) Die Alliierten, insbesondere aber Frankreich könnten nicht dulden, daß auf ihre Schultern auch nur ein Minimum der Lasten zurückfalle, die nach dem Friedensvertrag den Deutschen zufielen. (Beifall.)

Der Finanzminister erklärte weiter, er bewahre immer den Gedanken, daß Deutschland den Verpflichtungen, die es übernommen habe, nachkommen werde, und er sehe eines der Heilmittel für die finanzielle Lage darin, daß die von Deutschland zurückzuerstattenden Ausgaben zurückgezahlt würden. Wenn möglich, so schloß er die Erörterung über diese Frage, müßten wir die Schuld Deutschlands internationalisieren. (Beifall.)

Die Kartoffelpreise in Sachsen

Von der Nachrichtenabteilung der Staatskanzlei wird mitgeteilt:

Angesichts der Schwierigkeiten der Winterreindeckung der Bevölkerung mit Kartoffeln hatte die sächsische Regierung bestimmt, daß die von den Preisnotierungskommissionen allwöchentlich ermittelten Angemessenheitspreise als Höchstpreise angesehen werden sollten. Diese Maßnahme hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Der günstige Erfolg lag vor allem darin, daß sie die Versorgung des platten Landes und der von dort aus zunächst zu beliefernden Gebiete erleichterte. Die Höchstpreisfestsetzung ist bei den Erzeugern auf keine Schwierigkeiten gestoßen, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß in den Preisnotierungskommissionen mit den Verbrauchern auch die Erzeuger vertreten sind.

Gewissen Schwierigkeiten dagegen ist die Versorgung in den größeren Städten begegnet, und dieser Umstand hat die Vertretungen der Großstädte veranlaßt, beim Wirtschaftsministerium nachdrücklichst die Aufhebung der Höchstpreisverordnung zu beantragen. Die geäußerten Bedenken gründen sich auf die Beobachtung, daß seit der Höchstpreisfestsetzung die Einfuhr von Kartoffeln von außerhalb Sachsens erschwert worden ist. Ohne solche Einfuhr können jedoch die größeren Orte des Landes nicht auskommen. Unter diesen Umständen ist das Wirtschaftsministerium in Erwägungen eingetreten, ob die Verordnung über Festsetzung der Höchstpreise wieder aufgehoben werden solle, nachdem sie ihren Zweck erfüllt hat. Dies schien um so mehr angezeigt, als es nicht mehr viel Kartoffeln im Lande selbst geben wird.

Bei dieser Sachlage hat die Verbraucherschaft am Bestehen von Höchstpreisen kein Interesse mehr. Denn die geringe Menge der noch in Sachsen liegenden Kartoffeln kann auf den Gesamtpreis der Kartoffeln keine erhebliche Wirkung ausüben. Der Gesamtpreis wird vielmehr vorwiegend durch den Preis der außersächsischen, insbesondere der preußischen Kartoffeln bestimmt; auf die in Preußen geltenden Preise aber kann weder die Regierung, noch der Handel, noch die Landwirtschaft Sachsens auf irgendeine Weise einen Einfluß ausüben. Mit der Aufhebung von Höchstpreisen wird auch gewissenlosen Händlern die Möglichkeit genommen, die in Sachsen gekauften Kartoffeln zu außersächsischen Preisen zu veräußern.

Die Entstaatlichung der Eisenbahn

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 18. November. Die Zentralarbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands beschäftigte sich am Donnerstag in mehrstündigen Beratungen mit der Kreditbeschaffung durch die Industrie und der hiermit in Verbindung stehenden Entstaatlichung der Eisenbahnen. Die bürgerliche Presse und verschiedene bürgerliche Korrespondenzbureaus wollen bereits nach dem Verlauf des ersten Verhandlungstages wissen, daß den Industriellen das von ihnen angebotene Kompromiß gelingen werde und daß die Arbeiter nach Umformulierung der bisherigen Forderungen für den Kompromißgedanken zu haben sein werden.

Soweit wir unterrichtet sind, besteht hierzu nicht die beste Aussicht, denn man hat am Donnerstag in später Abendstunde die Sitzung der Zentralarbeitsgemeinschaft beendet, ohne zu wissen, was überhaupt werden soll. Die Arbeitnehmervertreter stellten vor Eröffnung der Sitzung fest, daß kaum eine Aussicht bestehe, daß sich die Ansichten der beiden Parteien nähern. Die Auffassungen sind derart verschieden, daß kaum mit einer Einigung zu rechnen sei. Das eine ist zu sagen: Wünschen die Industriellen eine Verständigung, so müssen sie ihre Pläne auf das Gegebene einstellen.

Die österreichischen Nachfolgestaaten

Eigene Drahtmeldung

rs. Prag, 18. November. Nach dem Abschluß der Konferenz von Porto Rose wird eine Zusammenkunft zwischen dem Bundeskanzler Dr. Schober und dem tschecho-slowakischen Ministerpräsidenten Benesch stattfinden. Der Zweck dieser Zusammenkunft ist, auf Grund der in Porto Rose allgemein festgelegten Richtlinien für das Zusammenarbeiten der Nachfolgestaaten die besonderen Beziehungen zwischen Oesterreich und der Tschecho-Slowakei zu regeln. Der Abschluß eines Handelsvertrages wird ebenfalls zur Sprache gebracht werden.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19211118/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG